

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und
Sport
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

12. Januar 2022
1 von 2

Guten Tag,

zur **8.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
lade ich ein für

**Mittwoch, 19. Januar 2022, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.**

Es gilt die 3G-Regelung!
Während der Sitzung sind die Hygieneregulungen einzuhalten und es ist eine
medizinische Maske (OP-Maske oder Schutzmaske der Standards FFP2) zu
tragen.

Tagesordnung:

- 1. Berichts Antrag Sozialwirtschaft integriert**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dezember 2021
Bericht des Magistrats
-101.19.306-
- 2. Runder Tisch Sport**
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Tabea Mößner
- 101.19.308 -
- 3. Wohnungslosigkeit in Kassel**
Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Anja Lipschik
- 101.19.310 -

4. Betreutes Wohnen für Senioren in Kassel

Anfrage der Fraktion B90/Grüne und SPD

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Esther Kalveram MdL

- 101.19.311 -

Freundliche Grüße

gez. Jutta Schwalm
1. stellv. Vorsitzende

Niederschrift

20. Januar 2022

über die 8. öffentliche Sitzung

1 von 6

des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport

am **Mittwoch, 19. Januar 2022, 17:00 Uhr**

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Jutta Schwalm, 1. stellvertretende Vorsitzende, CDU

Mustafa Gündar, 2. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne

Julia Herz, Mitglied, B90/Grüne

Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne

Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne

Judith Boczkowski, Mitglied, SPD

(Vertretung für Norbert Sprafke)

Esther Kalveram, Mitglied, SPD

Petra Ullrich, Mitglied, SPD

Annette Knieling, Mitglied, CDU

Holger Römer, Mitglied, CDU

Mirko Düsterdieck, Mitglied, DIE LINKE

(Vertretung für Tabea Mößner)

Norbert Hansmann, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme

Semra Yazicioglu, Vertreterin des Ausländerbeirates

Ronny Blume, Vertreter des Behindertenbeirates

Werner Wiegand, Vertreter des Seniorenbeirates, SPD

(Vertretung für Helga Engelke)

Magistrat

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Schriftführung

Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Manuela Ernst, Mitglied, FDP

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Anja Deiß-Fürst, Sozialamt

Terhas Andezion, Sozialamt

Carsten Höhre, Sozialamt

Amelie Kleinheyer, Dezernat –II–

Tagesordnung:

- | | |
|--|------------|
| 1. Berichtsantrag Sozialwirtschaft integriert | 101.19.306 |
| 2. Runder Tisch Sport | 101.19.308 |
| 3. Wohnungslosigkeit in Kassel | 101.19.310 |
| 4. Betreutes Wohnen für Senioren in Kassel | 101.19.311 |

1. stellvertretende Vorsitzende Schwalm eröffnet die mit der Einladung vom 12. Januar 2022 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

1. **Berichtsantrag Sozialwirtschaft integriert**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dezember 2021
Bericht des Magistrats
-101.19.306-

Beschluss

Wir bitten den Magistrat, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport über das Projekt „Sozialwirtschaft integriert“ unter besonderer Berücksichtigung folgender Fragestellungen

1. Wie viele Frauen konnten bisher durch das Projekt in Arbeit und Ausbildung integriert werden?
2. Gibt es bereits Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes, die durch die Universität Kassel erfolgt?

zu berichten.

Bürgermeisterin Friedrich führt in die Thematik ein und berichtet über Hintergründe, Vorüberlegungen und die Projektfinanzierung, danach übergibt sie das Wort an Frau Andezion, Sozialamt, die über die Projektphasen und –abläufe spricht. Weiterhin informiert sie über verschiedene Daten, Zahlen und Fakten und die Projektziele. Im Anschluss berichtet Frau Prof. Dr. James, Universität Kassel, über die Evaluation des Projekts.

Frau Friedrich, Frau Andezion und Frau Prof. Dr. James beantworten die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Runder Tisch Sport

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- 101.19.308 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat beauftragt das Sportamt mit der Initiierung und Durchführung eines Runden Tisches zur Sportentwicklung für die östlichen Stadtteile Bettenhausen, Forstfeld und Waldau. An dem Runden Tisch sollen Vertreter*innen der Vereine, des Sport- und Jugendamts, der Ortsbeiräte und der Sportkommission teilnehmen.

Stadtverordneter Düsterdieck, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU

Enthaltung: AfD

abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Runder Tisch Sport, 101.19.308, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

3. Wohnungslosigkeit in Kassel

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD

- 101.19.310 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Stand der Arbeit zum Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Kassel zu berichten. Dabei soll in dem Sachstandsbericht auch auf folgende Fragen eingegangen werden:

4 von 6

1. Welche Einrichtungen in Kassel bieten wie viele Plätze für Menschen, die obdachlos, bzw. wohnungslos sind?
2. Wie viele Plätze gibt es für Frauen, für Männer, für Jugendliche und für Menschen, die Barrierefreiheit brauchen oder Menschen, die ein Tier mit in die Einrichtung bringen?
3. Wie viele Menschen sind in Kassel geschätzt wohnungs- bzw. obdachlos?
4. Wie viele Menschen davon sind gehandicapt oder mobilitätseingeschränkt?
5. Wie viele obdachlose Menschen sind bekannt mit Verhaltensauffälligkeiten, so dass sie nicht in ein Mietverhältnis vermittelt werden können?
6. Wie hoch ist die Zahl der Jugendlichen ohne Wohnung? Wie wird hier geholfen?
7. Was kostet die Übernachtung in den jeweiligen Einrichtungen?
8. Welche Personengruppe kann diese Angebote nicht nutzen, weil sie keine erforderlichen Ausweispapiere hat?
9. Gibt es absehbare Bedarfe, die im Winter nicht gedeckt werden können und wenn ja, welche?
10. Welche Schwierigkeiten/Einschränkungen bestehen im Moment durch die bestehenden Corona-Hygienemaßnahmen?

Stadtverordnete Lipschik, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: DIE LINKE

abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD betr. Wohnungslosigkeit in Kassel, 101.19.310, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kalveram

4. Betreutes Wohnen für Senioren in Kassel

Anfrage der Fraktion B90/Grüne und SPD
- 101.19.311 -

Gemeinsame Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Hat der Magistrat Kenntnis, wie viele Anbieter der Wohnform „Betreutes Wohnen / Service Wohnen / Wohnen mit Service etc. es in Kassel gibt?
2. Welche unterschiedlichen Wohnformen unter dem Begriff „Betreutes Wohnen“ sind dem Magistrat bekannt.
3. Gibt es Informationsmaterial zu dieser Art der Wohnform in der Stadt Kassel?
4. Berät die Beratungsstelle Älterwerden zur Wohnform „Betreutes Wohnen“? Wenn ja, wie werden Sie in Anspruch genommen?
5. Sind dem Magistrat ähnliche Vorfälle, wie die von der HNA in der Berichterstattung vom 18. November 2021 aufgegriffenen Vorfälle im „Betreuten Wohnen“ des Seniorenhauses St. Bonifatius im Wesertor bekannt?
6. Bietet die GWG Ihren Mieter*innen als Serviceleistung im Alter Zusatzleistungen an, die man unter den Begriff „Betreuten Wohnens“ fassen könnte.
 - a) Wenn ja, welche sind dies?
 - b) Wenn nein, ist etwas ähnliches geplant?
7. In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wurde ein Qualitätssiegel für diese Wohnform etabliert. Hat der Magistrat Kenntnis davon, ob dies auch in Hessen geplant ist?
8. Des Weiteren existiert seit 2006 die vom „Deutsches Institut für Normung e. V.“ entwickelte DIN 77800 "Qualitätsanforderungen an Anbieter der Wohnform 'Betreutes Wohnen für ältere Menschen", durch die eine bundesweit einheitliche Definition von Mindeststandards geschaffen wurde. Hat der Magistrat Kenntnis davon, wie viele

Wohnanlagen, die „Betreutes Wohnen“ anbieten, danach zertifiziert sind?

6 von 6

9. Die Kosten im Betreuten Wohnen können, insofern sie im Sinne der Sozialhilfe angemessen sind, bei Leistungsempfängern vom Sozialamt übernommen werden. Allerdings gibt es keine einheitlichen Regelungen, ob und in welcher Höhe sich Sozialämter beteiligen. Beteiligt sich das Sozialamt in Kassel an den Kosten für „Betreutes Wohnen“ und wenn ja, wie wird die Angemessenheit der Grundpauschale überprüft?

10. Die Aufsicht über alle stationären Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe sowie aller ambulanten Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen (ambulante Betreuungs- und Pflegedienste) liegt in Hessen bei den Ämtern für Versorgung und Soziales und beim Regierungspräsidium Gießen als Oberer Betreuungs- und Pflegeaufsicht. Wie beurteilt der Magistrat die Forderung der Verbraucherzentrale hier auch das Betreute Wohnen als Wohnform für Senioren aufzunehmen? Ist es nach Ansicht des Magistrates sinnvoll eine analoge Beschwerdestelle zu schaffen, die dann regional im Hessisches Amt für Versorgung und Soziales Kassel angesiedelt werden könnte?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt 1. stellvertretende Vorsitzende Schwalm die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 18:46 Uhr

Jutta Schwalm
1. stellvertretende Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin

Auszug aus der 8. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 13. Dezember 2021

28. Dezember 2021
1 von 1

Berichtsantrag Sozialwirtschaft integriert

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD

- 101.19.306 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir bitten den Magistrat, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport über das Projekt „Sozialwirtschaft integriert“ unter besonderer Berücksichtigung folgender Fragestellungen

1. Wie viele Frauen konnten bisher durch das Projekt in Arbeit und Ausbildung integriert werden?
2. Gibt es bereits Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes, die durch die Universität Kassel erfolgt?

zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der B90/Grüne und SPD betr.
Berichtsantrag Sozialwirtschaft integriert, 101.19.306, wird **zugestimmt**.

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin


Nicole Eglin
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.19.308

18. November 2021
1 von 2**Runder Tisch Sport****Antrag****zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat beauftragt das Sportamt mit der Initiierung und Durchführung eines Runden Tisches zur Sportentwicklung für die östlichen Stadtteile Bettenhausen, Forstfeld und Waldau. An dem Runden Tisch sollen Vertreter*innen der Vereine, des Sport- und Jugendamts, der Ortsbeiräte und der Sportkommission teilnehmen.

Begründung:

Das Format des Runden Tisches Sportentwicklung soll im Ergebnis eine Stabilisierung des organisierten Vereinssports in den drei oben genannten Stadtteilen zum Ziel haben. Dazu gehört eine Analyse der derzeitigen Situation, ein regelmäßiger Austausch der verschiedenen Akteure und eine Konzepterstellung zur Stärkung der Vereine, damit mehr Kinder und Jugendliche durch entsprechende Angebote und Kooperationen den Weg zum Vereinssport finden. Die Mitgliederzahlen im organisierten Vereinssport in den östlichen Stadtteilen bei den unter 18-jährigen gehen seit Jahren zurück. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung noch einmal verschärft. So gibt es z.B. im Bereich des Kinder- u. Jugendfußball insgesamt nur noch ganze 8 Mannschaften von F bis C-Jugend. B u. A-Jugendmannschaften gibt es nicht mehr. Vor dem Hintergrund der Einwohnerzahlen (4.300 bei den unter 18-jährigen Menschen) in den drei oben genannten Stadtteilen, stellt dies eine desaströse Tatsache dar. Gerade der organisierte Vereinssport kann einen wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung von Kindern und Jugendlichen leisten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Tabea Mößner

gez. Lutz Getzschmann

Fraktionsvorsitzender

2 von 2

Vorlage Nr. 101.19.310

23. November 2021
1 von 3

Wohnungslosigkeit in Kassel

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Stand der Arbeit zum Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Kassel zu berichten. Dabei soll in dem Sachstandsbericht auch auf folgende Fragen eingegangen werden:

1. Welche Einrichtungen in Kassel bieten wie viele Plätze für Menschen, die obdachlos, bzw. wohnungslos sind?
2. Wie viele Plätze gibt es für Frauen, für Männer, für Jugendliche und für Menschen, die Barrierefreiheit brauchen oder Menschen, die ein Tier mit in die Einrichtung bringen?
3. Wie viele Menschen sind in Kassel geschätzt wohnungs- bzw. obdachlos?
4. Wie viele Menschen davon sind gehandicapt oder mobilitätseingeschränkt?
5. Wie viele obdachlose Menschen sind bekannt mit Verhaltensauffälligkeiten, so dass sie nicht in ein Mietverhältnis vermittelt werden können?
6. Wie hoch ist die Zahl der Jugendlichen ohne Wohnung? Wie wird hier geholfen?
7. Was kostet die Übernachtung in den jeweiligen Einrichtungen?
8. Welche Personengruppe kann diese Angebote nicht nutzen, weil sie keine erforderlichen Ausweispapiere hat?
9. Gibt es absehbare Bedarfe, die im Winter nicht gedeckt werden können und wenn ja, welche?
10. Welche Schwierigkeiten/Einschränkungen bestehen im Moment durch die bestehenden Corona-Hygienemaßnahmen?

Begründung:

Wie viele Menschen in der Bundesrepublik derzeit ohne festes Obdach leben, ist nur schwer zu sagen. Eine gesetzliche Grundlage für eine einheitliche Wohnungsnotfall-Berichterstattung gibt es nicht. Bundesweite Erhebungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) begrenzen sich auf

Schätzungen. Dennoch erlauben sie eine Auseinandersetzung mit sozialen Entwicklungen und Hintergründen.

2 von 3

Mit dem Herbst beginnt die kalte Jahreszeit und für wohnungslose Menschen bedeutet das, dass sie vorübergehend oder dauerhaft eine Unterkunft brauchen. Durch Corona sind immer noch einige Einrichtungen nur unter Einhaltung bestimmter Regeln nutzbar.

Sichtbar sind oft Menschen im öffentlichen Raum (zum Beispiel rund um den Bahnhof Wilhelmshöhe), die im Rollstuhl sitzen oder einen Hund haben. Zum Teil sind es über längere Zeiträume die gleichen Personen. Im Gespräch wird deutlich, dass es zwar eine Infrastruktur (Cafe Nautilus, Panama/4Wände, Bahnhofsmision, Unterkünfte der Stadt Kassel, Notschlafstellen, Heilsarmee, Karla, Fachstelle Wohnen usw.) gibt, diese aber nicht immer greift. Es ist wichtig, dass die Angebote sich an den Bedarfen orientieren.

Im Jahresbericht des Sozialamts (S. 55) wird die Zahl der Obdachlosenhaushalte mit 545 angegeben. Das ist eine Steigerung von 46 seit 2017. Bei 335 konnte ein Mietvertrag vermittelt werden. Nur 320 Personen wurden in Wohnraum eingewiesen. Wohlwissend, dass für diese Gruppe von Menschen immer auch mehrere Beratungsbedarfe bestehen, wie z.B. Schuldner*innenberatung, medizinische Versorgung, psychosoziale Beratung, ist es wichtig, dass genügend Wohnraum vorhanden ist. Im Jahresbericht heißt es, dass den Bemühungen, Obdachlosenhaushalte wieder in stabile Mietverhältnisse zu bringen, u.a. durch die Verknappung des Wohnungsangebots und erhöhter Nachfrage nach kleinen Wohnungen, erschwert wird. Darüber hinaus kommt es zu einer steigenden Anzahl von obdachlosen Personen mit Verhaltensauffälligkeiten, die gar nicht mehr in ein Mietverhältnis vermittelt werden können, so die Angaben im Bericht.

Von bundesweit einer geschätzten halben Million Menschen ohne feste Bleibe – so die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe sind rund und 29.000 der Betroffenen Kinder und Jugendliche. Die meisten von ihnen leben in der versteckten Obdachlosigkeit – werden also von den staatlichen Hilfsmaßnahmen nicht erreicht. Experten fordern eine Reform des Jugendhilfesystems, um diese Gruppe vor dem sozialen Absturz zu bewahren.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Anja Lipschik

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende SPD

Wolfgang Decker

Fraktionsvorsitzender
SPD

3 von 3

Vorlage Nr. 101.19.311

19. November 2021
1 von 2

Betreutes Wohnen für Senioren in Kassel

Gemeinsame Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Hat der Magistrat Kenntnis, wie viele Anbieter der Wohnform „Betreutes Wohnen / Service Wohnen / Wohnen mit Service etc. es in Kassel gibt?
2. Welche unterschiedlichen Wohnformen unter dem Begriff „Betreutes Wohnen“ sind dem Magistrat bekannt.
3. Gibt es Informationsmaterial zu dieser Art der Wohnform in der Stadt Kassel?
4. Berät die Beratungsstelle Älterwerden zur Wohnform „Betreutes Wohnen“? Wenn ja, wie werden Sie in Anspruch genommen?
5. Sind dem Magistrat ähnliche Vorfälle, wie die von der HNA in der Berichterstattung vom 18. November 2021 aufgegriffenen Vorfälle im „Betreuten Wohnen“ des Seniorenhauses St. Bonifatius im Wesertor bekannt?
6. Bietet die GWG Ihren Mieter*innen als Serviceleistung im Alter Zusatzleistungen an, die man unter den Begriff „Betreuten Wohnens“ fassen könnte.
 - a) Wenn ja, welche sind dies?
 - b) Wenn nein, ist etwas ähnliches geplant?
7. In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wurde ein Qualitätssiegel für diese Wohnform etabliert. Hat der Magistrat Kenntnis davon, ob dies auch in Hessen geplant ist?
8. Des Weiteren existiert seit 2006 die vom „Deutsches Institut für Normung e. V.“ entwickelte DIN 77800 "Qualitätsanforderungen an Anbieter der Wohnform 'Betreutes Wohnen für ältere Menschen", durch

die eine bundesweit einheitliche Definition von Mindeststandards geschaffen wurde. Hat der Magistrat Kenntnis davon, wie viele Wohnanlagen, die „Betreutes Wohnen“ anbieten, danach zertifiziert sind?

2 von 2

9. Die Kosten im Betreuten Wohnen können, insofern sie im Sinne der Sozialhilfe angemessen sind, bei Leistungsempfängern vom Sozialamt übernommen werden. Allerdings gibt es keine einheitlichen Regelungen, ob und in welcher Höhe sich Sozialämter beteiligen. Beteiligt sich das Sozialamt in Kassel an den Kosten für „Betreutes Wohnen“ und wenn ja, wie wird die Angemessenheit der Grundpauschale überprüft?
10. Die Aufsicht über alle stationären Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe sowie aller ambulanten Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen (ambulante Betreuungs- und Pflegedienste) liegt in Hessen bei den Ämtern für Versorgung und Soziales und beim Regierungspräsidium Gießen als Oberer Betreuungs- und Pflegeaufsicht. Wie beurteilt der Magistrat die Forderung der Verbraucherzentrale hier auch das Betreute Wohnen als Wohnform für Senioren aufzunehmen? Ist es nach Ansicht des Magistrates sinnvoll eine analoge Beschwerdestelle zu schaffen, die dann regional im Hessisches Amt für Versorgung und Soziales Kassel angesiedelt werden könnte?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Esther Kalveram MdL

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende
SPD

Wolfgang Decker
Fraktionsvorsitzender
SPD

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne